

## Schweiz

# Jetzt will Cassis auch im Inland verhandeln

Bis September will der Aussenminister mit der EU eine Einigung für ein Rahmenabkommen erzielen. Weil das ohne Konzessionen bei den flankierenden Massnahmen nicht geht, will er auch Gewerkschaften und Arbeitgeber an den Verhandlungstisch bitten.

**Markus Häfliger und Stephan Israel**  
Bern und Brüssel

Die Sache ist derart brisant, dass der Bundesrat all seine Digitalisierungsvorläufe über den Haufen wirft: Er schaltet zurück in den Papiermodus. Für seine zweitletzte Sitzung vor der Sommerpause liess er die Anträge und Gegenanträge seiner Mitglieder nicht wie üblich digital im Bundeshaus verteilen, sondern auf gutem altem Papier. Ziel der Massnahme: Indiskretionen verhindern. Gegenstand der Massnahme: das Rahmenabkommen mit der EU. Grund der Massnahme: Ab sofort geht es ums Ganze, um «deal or no deal», um Einigung oder Abbruch der Übung.

Zwar wird seit rund vier Jahren um das Rahmenabkommen verhandelt. Doch erst im März 2018 hat der Bundesrat die Gespräche mit neuem Elan, präzisierten roten Linien und einem frischen Chefunterhändler neu lanciert. In den letzten Monaten brachte Staatssekretär Roberto Balzaretto die Gespräche so weit voran, dass er jetzt bereit ist für die alles entscheidende Schlussphase. Vorgängig muss der Bundesrat aber nochmals seine Strategie justieren. Konkret muss er entscheiden, welche seiner roten Linien vom letzten März wirklich dunkelrot sind. Und wo sie nur rosarot sind, sodass es doch noch Raum gibt für einen letzten Kompromiss.

### Unterschriftsreif im September

Seit Anfang Juni liegen die Verhandlungen praktisch auf Eis. Der Hauptgrund sind grosse Differenzen bei den flankierenden Massnahmen. Beim letzten Treffen in Brüssel soll Balzaretto den EU-Vertretern gesagt haben, vom Bundesrat kein Mandat zu haben, über den Lohnschutz der Arbeiter in der Schweiz zu reden. Demgegenüber heisst es in EU-Kreisen, man erwarte jetzt endlich Bewegung von der Schweiz. Die EU argumentiert, sie selber habe hier wenig Spielraum. Schliesslich seien die flankierenden Massnahmen das Thema, das die EU-Mitgliedsstaaten in ihren Beziehungen zur Schweiz am meisten ärgere. Vor allem die Nachbarstaaten stören sich an diesen «Schikanen» der Schweiz.

Offenbar hält es Cassis trotz solchen Widerständen in Brüssel nach wie vor für möglich, mit der EU eine Übereinkunft zu erzielen. Jedenfalls wollte er sich am Mittwoch vom Bundesrat offiziell mandatieren lassen, bis September das Rahmenabkommen unterschriftsfertig auszuhandeln. Dabei strebt Cassis offenbar eine Paketlösung an. Weitere



Aussenminister Ignazio Cassis sieht sich mit unüblich vielen Einwänden seiner Kollegen konfrontiert. Foto: Peter Klaunzer (Keystone)

Elemente neben dem Rahmenabkommen wären die Zusage des Bundesrats, der EU einen weiteren Erweitierungsbeitrag in Milliardenhöhe zu bezahlen - und die Zusage der EU, der Schweizer Börse endlich die Äquivalenzanerkennung zu gewähren.

Gleichzeitig zur Schlussoffensive in Brüssel will Cassis eine zweite Verhandlungsfond eröffnen - im Inland. Konkret schlägt Cassis vor, dass seine Kollegen Johann Schneider-Ammann (FDP) und Simonetta Sommaruga (SP) mit den Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden

den eine Anpassung bei den flankierenden Massnahmen aushandeln. Das Ziel: Die Flankierenden sollen so umgebaut werden, dass sie für die EU akzeptabel sind, aber trotzdem den Lohnschutz im Inland gewährleisten.

Schneider-Ammann und Sommaruga sollen diese innenpolitischen Konsultationen parallel zu den aussenpolitischen Verhandlungen in Brüssel führen. Cassis' Zielvorgabe auch hier: ein Konsens bis September. Wie sich der Aussenminister die geforderte Anpassung der Flankierenden konkret vorstellt, ist der-

zeit unklar. Klar ist nur, dass er in den letzten Wochen laut über eine Aufweichung der 8-Tage-Regel nachdachte, was bei Gewerkschaften prompt zu vehementen Reaktionen führte.

### Fünf Bundesräte mischen mit

Es werde aber nicht reichen, wenn die Schweiz Abstriche bei der 8-Tage-Regel mache, heisst es in Brüssel. Der EU sind auch die Kontrolldichte oder die Kautio, die von Handwerkern hinterlegt werden muss, ein Dorn im Auge. Die EU fordert deshalb ein «phasing out» der

### Kündigunginitiative

SVP hat genug Unterschriften

Die SVP hat die nötigen Unterschriften zur Einreichung der Initiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit mit der EU zusammen. Dies sagte SVP-Präsident Albert Rösti am Mittwoch im Interview mit dem «Blick». Die SVP habe bereits rund 125 000 Unterschriften gesammelt. Man müsse die Unterschriften zwar noch beglaubigen, «aber man kann jetzt schon sagen: Die Initiative steht», meinte Rösti. Sie werde im August oder im September eingereicht.

Die SVP hat die Initiative im Januar lanciert. Sie verlangt, dass die Schweiz mit der EU das Ende der Personenfreizügigkeit verhandelt. Wenn das nicht gelingt, muss der Bundesrat das Abkommen einseitig kündigen, und zwar spätestens 13 Monate nach Annahme der Initiative. Weil die Personenfreizügigkeit mit dem Rest der Bilateralen I per Guillotineklausel verknüpft ist, droht damit der Wegfall des Gesamtpakets. (SDA/Red)

flankierenden Massnahmen über einen Zeitraum von fünf Jahren. Parallel dazu könnte die Schweiz die Massnahmen der EU gegen Lohndumping übernehmen.

Tatsächlich hat die EU in den letzten Jahren ihre eigenen Regeln gegen Lohndumping verschärft. In der sogenannten Durchsetzungsrichtlinie wird den Mitgliedsstaaten relativ viel Spielraum gewährt, gegen Missbrauch bei Entsendungen vorzugehen. Die Schweiz werde mit den EU-Regeln ein ähnliches Schutzniveau aufrechterhalten können, heisst es auf EU-Seite. Eine Argumentation, die allerdings bei einer Delegation von Schweizer Gewerkschaften nicht verfangt, die letzte Woche Brüssel besuchte.

Vor diesem immer komplexer werdenden Verhandlungs-Jekami entschied der Bundesrat am Mittwoch - nichts. Man habe die Diskussion noch nicht abschliessen können, erklärte Bundesratssprecher André Simonazzi. Nun muss der Entscheid über das weitere Vorgehen in der nächsten Sitzung am kommenden Mittwoch fallen, weil danach die langen Bundesratsferien beginnen.

Der Grund für den vorläufigen Nichtentscheid ist, dass sich Cassis mit unüblich vielen Rückfragen und Einwänden seitens seiner Kollegen konfrontiert sieht: Gemäss zuverlässigen Quellen reichten alle Bundesräte ausser Doris Leuthard (CVP) schriftliche Mitberichte zu Cassis' Anträgen ein - auch das ein Indiz dafür, wie heiss das EU-Dossier in Bern derzeit gekocht wird.

## Burkaverbot: Vorstellungen zu Gegenvorschlag gehen auseinander

Der Bundesrat unterbreitet einen Gegenvorschlag zur Burkaverbotsinitiative. Dieser dürfte im Parlament Chancen haben - sofern sich SP und FDP einigen können.

**Camilla Alabor**  
Bern

Wie viele Burkaträgerinnen es in der Schweiz wirklich gibt, weiss niemand genau; ihre Zahl dürfte begrenzt sein. Dennoch will der Bundesrat die Initiative für ein Verhüllungsverbot mit einem indirekten Gegenvorschlag bekämpfen - wohl aus der Überlegung heraus, dass die Initiative andernfalls vor dem Volk gute Chancen hat. Die Eckwerte des Gegenvorschlags hat der Bundesrat bereits im Dezember 2017 bekannt gegeben, nun schickt er den Entwurf in die Vernehmlassung.

Der Gegenvorschlag sieht einerseits vor, dass Bürger ihr Gesicht gegenüber bestimmten Behörden nicht verschleiern dürfen. Denn heute ist nicht genau geregelt, was passiert, wenn jemand - beispielsweise auf dem Sozialamt - eine Burka trägt und diese nicht ablegen will. «Zwar würde im Streitfall ein Gericht wohl zum Schluss kommen, dass die betreffende Person ihr Gesicht zeigen

muss», sagt Marc Schinzel, juristischer Mitarbeiter des Bundesamts für Justiz. «Aber mit dem Gegenvorschlag wäre die gesetzliche Lage von Anfang an klar.»

Andererseits will der Bundesrat verbieten, dass jemand dazu gezwungen werden kann, sein Gesicht zu verhüllen. Dies ist zwar durch den Nötigungstatbestand bereits der Fall. Durch die ausdrückliche Nennung des Tatbestands im Strafgesetzbuch würde laut Bundesrat aber «verdeutlicht, dass ein solches Verhalten nicht hingenommen wird».

Die Initiative selber lehnt der Bundesrat ab, da sie in die Autonomie der Kantone eingreife. Diese sollten über ein Verhüllungsverbot jeweils selber entscheiden können. Mit Ausnahme der SVP lehnen alle grösseren Parteien die Initiative ab, wobei die CVP eine ambivalente Rolle einnimmt: Im Dezember äusserte die Partei «Verständnis für das Grundanliegen der Initiative», doch sei ein Verbot Sache der Kantone.

### Teilweise überflüssig

Da die Vernehmlassung zum Gegenvorschlag eben erst begonnen hat, kann es inhaltlich noch zu Anpassungen kommen. Erste Stellungnahmen von Politikern lassen aber erahnen, in welchen Linien sich die politische Diskussion deinst bewegen dürfte. So sagt FDP-Vizepräsident und Ständerat Andrea Caroni, er begrüsse die Stossrichtung des Gegen-

vorschlags - zumindest den ersten Teil: «Wenn es heute Situationen gibt, in denen nicht klar geregelt ist, dass jemand gegenüber den Behörden sein Gesicht zeigen muss, kann ein Gesetz sinnvoll sein.» Den zweiten Teil, das Nötigungsverbot, findet Caroni hingegen überflüssig, da dieses heute schon bestehe. «Das ist reine Symbolpolitik.»

Auch die SP findet es richtig, die Initiative mit einem Gegenvorschlag zu kernern. Allerdings bestehe das Hauptproblem nicht im Umgang der Behörden mit verschleierten Frauen, ist bei den Frauenrechten.» Um dieses Problem anzugehen, will die SP deshalb die Verpflichtung für ein grösseres gesellschaftspolitisches Engagement in einen Gegenvorschlag packen. Dieser müsste Massnahmen beinhalten, um die Gleichstellung zwischen Mann und Frau zu erreichen, sagt Wermuth, «etwa durch eine Aufstockung des Budgets der kantonalen Gleichstellungsbüros».

Die CVP findet ebenfalls, der Gegenvorschlag des Bundesrats gehe in die richtige Richtung. Allerdings will die Partei erst die Vernehmlassung und damit die Rückmeldungen der Kantone abwarten. «Falls die Mehrheit der Kantone für ein nationales Verhüllungsverbot ist, bin ich ebenfalls dafür», sagt CVP-Nationalrat Marco Romano.

Die Christdemokraten sind damit ein wackliger Partner für eine allfällige Allianz zu einem Gegenvorschlag. Dazu kommt, dass sich FDP und SP über die Notwendigkeit eines Gegenvorschlags zwar einig sind, die Vorstellungen bezüglich des Inhalts aber sehr unterschiedlich ausfallen.

Wie gut stehen angesichts dessen die Chancen für einen gemeinsamen Gegenvorschlag? SP-Nationalrat Wermuth hält eine Einigung für «schwierig, aber nicht unmöglich». FDP-Ständerat Caroni sagt, er sehe «gemeinsamen Boden, wenn es zum Beispiel darum geht, die Stellung der Frau bei häuslicher Gewalt zu verbessern». Allerdings gehe es nicht an, beliebige Forderungen in einen Gegenvorschlag zu packen, die mit dem eigentlichen Anliegen nichts zu tun hätten.

### Taktisches Manöver

Gar nichts von einem Gegenvorschlag hält dagegen das Initiativkomitee um SVP-Nationalrat Walter Wobmann. Die Einführung eines Artikels gegen Zwangsverhüllung sei nicht mehr «als ein symbolisch-taktisches Manöver, um die Initiative auszubremsen», schrieb das Egerkinger Komitee im Dezember. Und: «Wenn die klaren Ziele der Verhüllungsverbotsinitiative nicht berücksichtigt werden, wird das Egerkinger Komitee mit Sicherheit keinem Gegenvorschlag zustimmen.»

## Biglers AHV-Plan findet Anklang

Der Direktor des Gewerbeverbands, Hans-Ulrich Bigler, hat einen neuen Vorschlag für den Steuer-AHV-Deal lanciert: Für die AHV will er anstelle der Lohnprozente die Mehrwertsteuer erhöhen (Ausgabe vom Mittwoch). Die Idee findet Unterstützung, wie sich gestern zeigte. Die Finanzkommission (FK) des Nationalrats sprach sich mit 13 zu 9 Stimmen ebenfalls für dieses Vorgehen aus. Der Ständerat hingegen will die AHV-Lohnbeiträge erhöhen. Das hiesse im Gegensatz zur Mehrwertsteuer, dass die Rentner keinen Beitrag leisten müssen. Die FK reicht ihren Vorschlag als Mitbericht an die Wirtschaftskommission weiter, die das Geschäft heute diskutiert.

### Rote Zahlen wegen der Reform

Gestern informierte der Bundesrat über die finanziellen Folgen der Steuer-AHV-Reform. Sie kostet den Bund 1,4 Milliarden Franken im Jahr, was die Finanzlage zumindest temporär wieder verdüstert. 2020 droht ein strukturelles Defizit von 0,4 Milliarden Franken, 2021 erwartet der Bundesrat nur eine schwarze Null. Ab 2022 sieht es aber wieder besser aus, mit einem Plus von 0,9 Milliarden. Auch das Budget für 2019 ist mit einem Überschuss von 1 Milliarde Franken so gut, dass die Personalverbände den Stopp aller Sparpläne und eine generelle Lohnerhöhung verlangen. (fab)